

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA (FPÖ), Wolfgang Seidl (FPÖ) und Anton Mahdalik (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Soziales, Gesundheit und Sport) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

6 Punkte Plan für das Gesundheitswesen

Das österreichische Gesundheitssystem hat schon seit vielen Jahren dringenden Reformbedarf. 50-Milliarden Euro wurden von der Bundesregierung zur Bekämpfung einer Gesundheitskrise ausgegeben und so gut wie nichts ist bei den Beschäftigten im Gesundheitssystem angekommen. So gut wie nichts ist in den Ausbau der Leistungsfähigkeit geflossen, so gut wie nichts sei für tatsächliche Reformen im System verwendet worden. Das Gesundheitssystem steht heute schlechter da als noch vor drei Jahren. Mitarbeiter sind in Scharen davongelaufen, sie wurden drangsaliert und mussten unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen ihre Arbeit erledigen. Es gibt keine Planungssicherheit bei der Diensterteilung, versprochene Prämien- und Überstunden wurden nicht in dem versprochenen Umfang bezahlt.

Der aktuelle Zustand sei so schlimm, dass bis zu 15 Prozent der Spitalsbetten aufgrund des Personalmangels gesperrt sind. Die gleiche Situation gebe es bei Pflege- und Altenheimen. Bundesweit seien in den Spitälern 2.000-Stellen unbesetzt, Kassen-Stellen für niedergelassene Ärzte würden nicht mehr nachbesetzt, weshalb auch die Wartezeiten für Patienten immer länger werden. Um die Missstände und das Missmanagement zu beseitigen, hat die FPÖ einen Sechs-Punkte-Plan ausgearbeitet:

Evaluierung des Spital-Personals auf allen Ebenen, denn der tatsächliche Bedarf ist nicht bekannt, finanzielle Gerechtigkeit betreffend Pflegeprämien- und Überstunden-auszahlung, Entbürokratisierung und Kompetenzerweiterung, Weiterbeschäftigung älterer Ärzte und Erweiterung der Ausbildungskapazitäten, flächendeckende Stipendien Modelle und Einbindung der Wahlärzte in die Aufhebung des Doppelbeschäftigungsverbots.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat fordert die Bundesregierung, insbesondere den

Bundesminister für Soziales und Gesundheit als auch den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe „Soziales, Gesundheit und Sport“ auf, einen runden Tisch gemeinsam mit den Sozialversicherungsträgern und den Ländervertretern im Gesundheitsbereich einzuberufen, um die Umsetzung folgender Forderungen in die Wege zu leiten:

1. Evaluierung des Personalbedarfs auf allen Ebenen

- A) Überarbeitung des regionalen Strukturplans Gesundheit mit Priorität „Niedergelassenen Versorgung“ und Reduktion der Abweichungstoleranz von 30% auf 15%
- B) Einheitliche Festlegung des Personalschlüssels für Spitäler
- C) Berücksichtigung Pensionswelle und Ausbildungskapazitäten

2. Finanzielle Gerechtigkeit gegenüber Mitarbeiter

- A) Auszahlung geleisteter Überstunden
- B) Auszahlung volle versprochene Pflegeprämie und Erweiterung des Bezieherkreises – SV- und steuerfrei
- C) Verbesserung aller Gehaltschema und Anrechnung von Vordienstzeiten

3. Entbürokratisierung und Kompetenzerweiterung

- A) Abbau administrativer Tätigkeiten ggf. Verlagerung ins Sekretariat
- B) Überarbeitung Berufsbilder - Anerkennung und Aufwertung der Tätigkeit
- C) FA Allgemeinmediziner
- D) Langfristige Reform des Gesundheitssystems
- E) Ausbau wohnortnahe Versorgung: Hausarzt, PVZ NEU, Facharzt, Pflege
- F) Spezialisierung der Spitäler
- G) Ausbau Pflege und Reha
- H) Patientenlenkung (primär durch positive Anreize)
- I) Fortsetzung SV – Reform, Hebung der Potentiale
- J) Finanzierung aus erster Hand

4. Weiterbeschäftigung älterer Ärzte und Erweiterung Ausbildung

- A) Weiterbeschäftigung schafft Zeit für adäquate Ausbildung
- B) Aufhebung 70-Jahre-Grenze für Kassenärzte
- C) Zusätzliche Ausbildungsstellen und temporäre Aufhebung der Ausbilder-Quote
- D) Bedarfsorientierte Festlegung der Studienplätze

5. Stipendienmodell

- A) Schnellste Möglichkeit, mehr Studienabsolventen in das öffentliche Gesundheitssystem zu bekommen
- B) Bundesweit einheitliches Stipendienmodell, um Bieter Wettbewerb zu verhindern und Planbarkeit zu gewährleisten
- C) Absolventen der österreichischen Medizinuniversitäten stärker und besser in das bestehende System integrieren als Auswärtige

6. Einbindung Wahlärzte, Aufhebung Doppelbeschäftigungsverbot

- A) Sofort versorgungswirksam, da Qualitäten u. Infrastruktur vorhanden ist
- B) ½ und ¼ - Verträge zusätzlich zur Wahlarztstätigkeit
- C) Ermöglichung z.B. Kasse – Allgemein Arzt und FA Wahlarzt und umgekehrt - 4.208 Ärzte mit Doppelqualifikation!

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

